



Leichen auf einer Autobahn in Slowenien nach einem Luftangriff auf eine Strassensperre. (Bild Reuters)

sich die Einheiten der Bundesarmee nicht in ihre Kasernen zurückgezogen hätten. Der Vorschlag der Bundesregierung, die Unabhängigkeitserklärung für drei Monate auszusetzen, wurde als völlig unannehmbar zurückgewiesen. Auch seien nach den Ereignissen der letzten Tage, so Kucan, die Aussichten zur Bildung eines Bundes souveräner Staaten praktisch auf Null gesunken. Schon am Donnerstag hatte die slowenische Führung internationale Organisationen, etwa die KSZE oder den Europarat, um Hilfe gebeten, da – so heisst es in einem Schreiben an den Präsidenten des Europarates – auf andere Weise der «Krieg, den die jugoslawische Armee ausgelöst» habe, nicht beendet werden könne. Am Donnerstag reichte das slowenische Mitglied im Staatspräsidium, Drnovsek, seinen Rücktritt ein.

Als Ziel des Armeeeinsatzes in Slowenien wurde in Belgrad angegeben, es gehe darum, die Kontrolle über die von Slowenien übernommenen Grenzübergänge zurückzugewinnen und damit die Zollverwaltung wieder unter die Aufsicht der Bundesorgane zu stellen. Am Freitag schien sich die Armee an diesen Auftrag zu halten und liess keine Absicht erkennen, in die Städte einzudringen. An der Grenze Kroatiens zu Ungarn ist es auch am Freitag ruhig geblieben. Die Panzer, die am Donnerstag an verschiedenen Orten Kroatiens Barrikaden niedergewalzt hatten, waren zur Verstärkung der Truppen in Slowenien in Bewegung gesetzt worden. Nach slowenischer Auffassung handelte es sich jedoch bei dem Militäreinsatz nicht um eine begrenzte Aktion, sondern um den Beginn einer militärischen Besetzung der ganzen Republik, um eine bewaffnete Intervention gegen einen souveränen und unabhängigen Staat mit dem Ziel, die demokratisch gewählte Führung zu stürzen. In Ljubljana waren auch am Freitag die Zufahrtsstrassen nach wie vor verbarrikadiert. Das gleiche gilt für die Strassen im Zentrum der Stadt, die zum Parlamentsgebäude führen.

**Wer entscheidet in Belgrad?**

In Slowenien wurde in diesen Tagen immer wieder die Frage gestellt, ob die Regierung, welche die Übernahme der slowenischen Grenzübergänge angeordnet hatte, überhaupt noch in der Lage sei, die Armee zu überwachen. Auch die Rolle, die Ministerpräsident Markovic spielt, wurde als immer undurchsichtiger bezeichnet. Der Verdacht verbreitete sich, dass der Generalstab, an dessen Spitze der Serbe Adzic, ein Verfechter der Politik des serbischen Partefichs Milosevic, steht, das Heft an sich gerissen habe. Das kollektive Staatspräsidium, das eigentlich das Oberkommando über die Streitkräfte innehat, ist schon seit längerer Zeit nicht mehr funktionsfähig. Manche Gesprächspartner in Ljubljana vertreten die Ansicht, dass der Militäreinsatz an der Grenze der Republik nur ein erster Schritt auf dem Weg zur Übernahme der Macht durch einen Teil der Armee sei, der im Dienste der grossserbischen Politik stehe und entschlossen sei, die sozialistische Ordnung wiederherzustellen sowie die jugoslawische Krise mit Gewalt zu lösen.

**«Krisenplan» Markovics**

Belgrad, 28. Juni. (dpa) Der jugoslawische Regierungschef Ante Markovic hat nach der Ankündigung der Feuereinstellung durch die Armee der Republik Slowenien einen «Krisenplan» zur Lösung der nationalen Probleme vorgelegt. «Die Armee hat ihre Tätigkeit und ihre Bewegungen in Slowenien eingestellt», sagte Markovic am Freitag vor der Presse in Belgrad. Er hoffe, dass auch die slowenische Seite den gleichen Schritt tun werde.

Der Krisenplan des Regierungschefs sieht eine Sitzung des jugoslawischen Staatspräsidiums in voller Besetzung «noch heute abend» vor. Dabei solle der Kroate Mesic zum jugoslawischen Staatsoberhaupt gewählt werden. Damit hätte die Armee auch wieder einen Oberbefehlshaber, sagte Markovic. Bisher hatte die Republik Serbien den Kroaten Mesic abgelehnt und damit die achtköpfige Staatsspitze blockiert.

Als nächster Schritt des Plans sollten sich alle Spitzenpolitiker des Landes an einen Tisch setzen, um über eine dreimonatige Aussetzung aller Unabhängigkeitserklärungen im ganzen Land zu

beraten. Damit sind Slowenien, Kroatien und die serbische Minderheit in Kroatien und Bosnien gemeint. «In dieser Zeit sollten alle Streitfragen gelöst werden», sagte Markovic.

**Proklamation eines Waffenstillstands**

(Reuters) Die jugoslawische Bundesregierung und die Republik Slowenien haben am Freitag erklärt, dass sie einen Waffenstillstand geschlossen haben. Die Waffenruhe sei um 21 Uhr wirksam geworden. Der slowenische Präsident Kucan erklärte am Fernsehen, er und der stellvertretende jugoslawische Verteidigungsminister Admiral Stane Brovet hätten die Waffenruhe vereinbart. Ein Sprecher des Ausussenministeriums in Belgrad erklärte, Ministerpräsident Markovic habe den Ausussenministern Luxemburgs, der Niederlande und Italiens erklärt, dass die Waffenruhe in Kraft sei.

**Meldungen über weitere Scharmützel**

Belgrad, 28. Juni. (apf) Nach dem Inkrafttreten der Waffenruhe ist es am Freitag abend in Slowenien zu weiteren Gefechten gekommen. Nach Angaben des slowenischen Informationsministeriums wurde die Waffenruhe seit Inkrafttreten um 21 Uhr MESZ zwölfmal verletzt. Ein AFP-Korrespondent berichtete über Kämpfe im Ort Ij bei Ljubljana, bei denen Granatwerfer eingesetzt wurden. Gegen 23 Uhr hätten dort die slowenische Polizei und die Bürgerwehr Einheiten der Armee eingekesselt.

**Viele Gefangene**

Belgrad, 28. Juni. (ap) Die Volksarmee hat nach Angaben ihres Sprechers, General Milan Gvero, bei den Kämpfen in Slowenien zehn Mann verloren. Gvero räumte in Belgrad ein, dass slowenische Truppen eine «grosse Zahl» von Volksarmisten ergriffen hätten. Die meisten seien aber in ihren Häusern, bei der Arbeit oder auf der Strasse gefangenengenommen worden, nicht im Kampf. Über die slowenischen Verluste könne er nichts sagen, aber er glaube, sie seien nicht hoch gewesen. Die Volksarmee habe sich wachsendem Widerstand gegenüber gesehen. Sie habe das Feuer aber erst erwidert, nachdem ihr der Gegner Verluste zugefügt habe.

**10 bis 15 ausländische Todesopfer**

Ljubljana, 28. Juni. (dpa) Bei den Kämpfen zwischen der jugoslawischen Bundesarmee und Angehörigen der Bürgerwehr Sloweniens sind auch zahlreiche Ausländer zwischen die Fronten geraten und dabei ums Leben gekommen. Slowenische Verteidigungsminister Jansa schätzte ihre Anzahl am Freitag abend in der Hauptstadt Ljubljana auf 10 bis 15. Jansa sagte, bei einem Angriff von Flugzeugen der jugoslawischen Luftwaffe auf Strassensperren auf der Autobahn zwischen Ljubljana und Zagreb seien «zwischen 10 und 15» ausländische Bürger getötet worden, als die Flugzeuge nach dem Angriff auf die Barrikaden mit Maschinengewehren in die dahinter aufgestauten Fahrzeugkolonnen geschossen hätten.

Nach Jansas Erklärungen sind zudem zwei vermutlich österreichische Journalisten in der Nähe des Flughafens Brnik bei Ljubljana ums Leben gekommen. Ein Panzer habe auf das Geländefahrzeug der beiden Pressevertreter geschossen.

**Slowenien beantragt Sitzung des Uno-Sicherheitsrates**

Wien, 28. Juni. (dpa) Das von Jugoslawien abgefallene Slowenien hat an die Uno appelliert, sich in den Konflikt einzuschalten und die «Aggression» der jugoslawischen Armee beenden zu helfen. In einem Brief des slowenischen Präsidenten Milan Kucan an Uno-Generalsekretär Pérez, der am Freitag von der slowenischen Nachrichtenagentur in Wien veröffentlicht wurde, wird eine Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrates beantragt. Die Kämpfe in Slowenien hätten annähernd hundert Tote und Verletzte gefordert, schreibt Kucan. «Das Ausmass und die Art der Militärführung der jugoslawischen Armee ist von einer Brutalität, die zeigt, dass das Ziel der Aggression die militärische Besetzung Sloweniens ist.»

**Eröffnung des Europäischen Rates**

**Der EG-Gipfel im Banne Jugoslawiens  
Blitzvisite von drei Ausussenministern in Belgrad**

Der Auftakt des zweitägigen EG-Gipfels in Luxemburg ist am Freitag von der Krise in Jugoslawien überschattet worden. Die zwölf Staats- und Regierungschefs einigten sich auf eine zweigleisige Vermittlungsaktivität. Sie schickten den italienischen, den luxemburgischen und den niederländischen Ausussenminister nach Belgrad. Diese treffen dort nicht nur die Bundesregierung, sondern auch Spitzenvertreter von Slowenien und Kroatien.

rt. Luxemburg, 28. Juni

Die Staats- und Regierungschefs der EG haben sich am ersten Tag ihrer Gipfelkonferenz in Abwechslung der Tagesordnung hauptsächlich mit der Staatskrise in Jugoslawien befasst. Sie rangen um eine gemeinsame Position, konnten sich am Freitag aber noch nicht auf eine gemeinsame Erklärung verständigen. Zur Klärung der Lage und zur Vermittlung zwischen den Bundesbehörden und Vertretern der Teilrepubliken schickten die Staatschefs den italienischen, den luxemburgischen und den niederländischen Ausussenminister nach Belgrad. Diese sogenannte Troika flog gegen 17 Uhr mit einer italienischen Militärmaschine von Luxemburg ins Krisengebiet.

Ein erster Entwurf der gemeinsamen Erklärung ruft die Streitparteien zum sofortigen Gewaltverzicht auf. Die EG verurteilt im weiteren jede unilaterale Massnahme und fordert Verhandlungen zur Normalisierung der innerstaatlichen Beziehungen. Zu den Hauptelementen dieser Verhandlungen gehöre die Etablierung der verfassungsmässigen Ordnung Jugoslawiens, die die Einsetzung einer Kollegialpräsidentschaft vorsieht. Dabei müssten die territoriale Integrität des Vielvölkerstaats wie auch die Menschen- und Minderheitenrechte respektiert werden. Die zwölf Mitgliedstaaten befürworteten ein dreimonatiges Moratorium aller getroffenen einseitigen Massnahmen, insbesondere der Unabhängigkeitserklärungen. Im weiteren erachtet der Europäische Rat die Situation als so gravierend, dass der sogenannte KSZE-Mechanismus zur Krisenbewältigung ausgelöst worden ist. Die Troika hat in diesem Zusammenhang einen Brief des luxemburgischen Premierministers Santer an seinen jugoslawischen Amtskollegen Markovic mitgenommen.

**Brief an Ministerpräsident Markovic**

Die EG fordert den jugoslawischen Präsidenten in dem Brief auf, gemäss den am KSZE-Abkommen verabschiedeten Modalitäten, Auskunftsüber die Ereignisse zu erteilen. Konkret ergeht die Anfrage, wie die Bundesbehörden den KSZE-Prinzipien Folge leisten wollen. Weiter will die EG Auskunfts darüber, wie Belgrad neue Konfrontationen verhindern will. Ein Beschluss, die vor wenigen Tagen verabschiedete EG-Finanzhilfe an Belgrad angesichts der Gewaltanwendung einzufrieren, steht noch aus. Die EG will den Bericht der drei Ausussenminister abwarten, bevor sie eventuell zu Sanktionen greift. Beim dritten Finanzprotokoll für Jugoslawien geht es zwischen 1991 und 1995 um zinsvergünstigte Kredite von 730 Millionen Ecu und um nicht rückzahlbare Zuwendungen in der Höhe von 77 Millionen Ecu.

**Distanzierung Bonn's von Belgrad**

Ch. M. Bonn, 28. Juni

Unter dem Eindruck der unablässigen Eskalation des Konflikts in Jugoslawien ist Ausussenminister Genscher endlich vom bisherigen Kurs einer Bevorzugung der Zentralregierung in Belgrad gegenüber Kroatien und Slowenien abgerückt. Seine Position war schon seit Tagen unter scharfen Beschuss seitens der CDU/CSU-Fraktion geraten, die nun eine Sondersitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages für Montag durchzusetzen vermochte. Mit dem Einsatz der jugoslawischen Streitkräfte, der gegen das Gewaltverbot der KSZE verstosse, sei nun eine «unannehmbare Lage» entstanden, erklärte Genscher in Bonn am Freitag unmittelbar vor dem EG-Gipfel in Luxemburg. Die alten kommunistischen Kräfte in Serbien, die bereits den Wechsel im Vorsitz des Staatspräsidiums verhindert hätten, suchten eine ideologische Auseinandersetzung mit den demokratisch gewählten Regierungen in Kroatien und Slowenien. Bundeskanzler Kohl hatte bereits am Vorabend die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen verlangt und zudem angekündigt, dass der KSZE-Krisenmechanismus angerufen werden sollte.

Der ausserpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Lamers, machte schon zuvor darauf aufmerksam, dass die deutsche Regierung und die EG insgesamt jede Hilfeleistung und Unterstützung für die Regierung in Belgrad stoppen sollten, da dieser Sukkurs für die jugoslawische Zentralgewalt die Belgrader Führung in ihrer Intransparenz nur bestärke habe. Am Freitag verschärfte Lamers in einer Stellungnahme, die er mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Geissler herausgab, seine Kritik an der bisherigen westlichen Politik gegenüber Jugoslawien; hinter ihr hatte Ausussenminister Genscher vor der jetzt eingeleiteten Kehrtwendung Zuflucht gesucht.

Der Einsatz der Zentralarmee in Kroatien und Slowenien diskreditiert nach Ansicht der beiden CDU-Abgeordneten endgültig den bisherigen Kurs, der in fataler Weise an Legitimitätsvorstellungen der Restaurationsepoche erinnere. In der

Bei den Beratungen am Nachmittag kam auf Grund unterschiedlicher Äusserungen der zwölf Staatschefs der Verdacht auf, dass die Haltung der Gemeinschaft gegenüber Belgrad nicht unverrückbar sei. Im Vorfeld des Gipfels hatte bekanntlich der luxemburgische Ausussenminister Poos noch erklärt, die EG werde die (inzwischen erfolgten) Unabhängigkeitserklärungen ignorieren. Am Freitag setzte darüber zwangsläufig eine Grundsatzdebatte ein. Der französische Staatspräsident Mitterrand, der britische Premierminister Major sowie der italienische Regierungschef Andreotti haben sich am deutlichsten für die Erhaltung der territorialen Integrität engagiert. Immerhin präziserte Mitterrand, dass es angesichts der Gewaltanwendung der Bundesbehörden schwerfiele, für die Einheit zu plädieren.

**Territoriale Integrität oder Selbstbestimmungsrecht?**

Demgegenüber betonte Bundeskanzler Kohl den Minderheitenschutz und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Kohl befürwortet wohl die Einheit Jugoslawiens, diese dürfe aber nicht auf Waffengewalt beruhen. Bereits am Morgen hat Ausussenminister Genscher in einem Radiointerview zu bedenken gegeben, dass die Schritte zur Unabhängigkeit auf friedliche Weise erfolgt und demokratisch abgestützt seien. Der italienische Ausussenminister De Michelis weigerte sich, zur Frage Stellung zu nehmen, ob denn die Unabhängigkeitsbestrebungen auf dem Balkan mit den entsprechenden Bewegungen im Baltikum vergleichbar seien. Auch wenn am Gipfel von weiteren Staatschefs die Respektierung der Souveränität verlangt worden ist, ist es noch zu früh, von einer Kurskorrektur gegenüber Belgrad zu sprechen. Die EG findet nach wie vor, dass der Spielraum für die Schaffung einer jugoslawischen Konföderation nicht ausgeschöpft ist.

Bezüglich der anderen Gipfelthemen nahmen die Staatschefs vom Stand des Binnenmarktproms Kenntnis. Kommissionspräsident Delors präziserte die dabei erzielten Fortschritte: 75 Prozent der Richtlinien über den Binnenmarkt sind vom Ministerrat verabschiedet worden. Im weiteren haben die zwölf einen deutschen Vorschlag zur Kenntnis, der eine gemeinsame Innen- und Justizpolitik in das revidierte Vertragswerk einfließen will. Er sieht insbesondere eine koordinierte Asyl-, Einwanderungs- und Ausländerpolitik vor. Es handelt sich dabei um eine folgerichtige Entwicklung von Gemeinschaftsrecht auf diesen sensiblen Gebieten nach dem Abbau der Binnengrenzen. Bis zur Gipfelkonferenz in Maastricht sollen dazu erste vorbereitende Massnahmen in die Wege geleitet werden, so dass bis zum 31. Dezember 1993 die beabsichtigten EG-Normen in Kraft treten können.

Erklärung hiess es weiter, dass die EG mit ihrer falschen Politik eine Mitverantwortung für das jetzige Los der Slowenen und Kroaten auf sich geladen habe. Die inzwischen angefallene Anrufung des Krisenmechanismus der KSZE wurde als sinnvoller Schritt bezeichnet. Wichtiger sei in dessen die sofortige Einstellung jeglicher deutscher Hilfe an die Zentralregierung in Belgrad. Zudem müsse die EG vor allem klarstellen, dass Freiheit und Selbstbestimmung die Prinzipien ihrer Jugoslawien-Politik darstellen und allein die Freiheit eine neue Form der Einheit Jugoslawiens schaffen könnte. Nachdem sie vor kurzem die Früchte demokratischer Wertvorstellungen geerntet hätten, seien die Deutschen in besonderer Weise dazu verpflichtet, sie auch anderen Völkern zugute kommen zu lassen. Während die deutsche Politik dieser Überlegung im Fall Kroatiens und Sloweniens Beachtung zu schenken beginnt, lässt sie sich aus mancherlei Rücksichtnahme gegenüber der Sowjetunion im Baltikum noch nicht in derselben Weise von ihr leiten.

**Eintreten Moskaus für die Einheit Jugoslawiens**

Moskau, 28. Juni. (Reuters) Die Sowjetunion hat am Freitag zu einem Kompromiss zwischen den Völkern Jugoslawiens aufgerufen, zugleich allerdings ihr Eintreten für die Einheit des Vielvölkerstaates bekräftigt. In Moskau erklärte das Ausussenministerium: «Der Weg zur Normalisierung liegt zweifellos im friedlichen Dialog, im Aufeinander-zugehen.» Ein vereintes, unabhängiges Jugoslawien sei wichtig für die Stabilität in ganz Europa. Internationale Bemühungen sollten darauf abzielen, in Zusammenarbeit mit der Regierung in Belgrad die Bedingungen für den Erhalt eines solchen Jugoslawiens zu schaffen.

**Anzeigen-Überblick**

Dienstleistungen	12 Stellen	50, 52, 54-102
Heimratsanzeigen	15 Theater	20
Informatik	14 Konzerte	20
Kapital	36, 40, 45	
Kino	18 Todesanzeigen	46, 50